

Bezugs-Preis

Die Zeitung und Sonntagsheft enthalten
Tage und Spalten mit Preis abweichen:
Durch den Tag 2.10,- für verschiedene. Bei
wöchentlichen Sonntagsblättern abweichen:
15,- für verschiedene. 2.25,- für verschiedene.

Durch die Post:

Innenhalb Deutschlandes 1.60,- für verschiedene.
1.80,- für verschiedene. Bremen
zu Bremen, Lübeck, Berlin, Dresden, Bautzen, Barmen, Wiesbaden, Mainz, Coblenz, Kassel, etc. Kosten. In allen
anderen Staaten nur bis zu 1.60,- für
verschiedene bei Städten entstehen.
Das entsprechende Gebühren werden auf
den Tag und Spalten angewendet.

Überseeanschriften: Magazin 10,-
Bei weiteren Zeitschriften, wie Zeitungen
und Monatsblättern, sowie Zeitungen und
Zeitungsbüchern.

Die einzelne Nummer kostet 10,-

Abonnement und Geschenkabonnement

Jahresabonnement 14.00,- 14.00,- 14.00,-

Anzeigen-Preis

Die Anzeigen und Anzeigen mit Bezeichnung
der Abonnementen 25,- für verschiedene
Anzeigen 30,- für verschiedene 1.00,-
und aufwärts 30,- für verschiedene 1.00,-
und darüber 100,- für verschiedene 1.00,-
und darüber 1.00,-

Zeitungsbücher im ausländischen Teile 10,-
Buchdruckerei 5,- für verschiedene 10,-
Zeitungsbücher an bestimmte
Städte im Ausland erlaubt. Nach dem
Sicherheitsprinzip ist nicht möglich
geworden, die das Unternehmen an
bestimmten Zügen und Städten nach seine
Sicherheit übernehmen.

Zeitungsbücher: Buchdruckerei 8,-
bei verschiedenen Städten u. allen anderen
Gebieten des In- und Auslands.

Haupt-Offizial Berlin:
Carl Dönder, Herren, Herr, Hoff-
kunst, 18. Februar 10,
(Katalog VI, etc., etc.).

Haupt-Offizial Dresden:
Gotha 4. J. (Katalog 10).

Leipziger Tageblatt

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 29.

Sonntag 30. Januar 1910.

104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Bei der Fortsetzung der Beratung des Militärateats im Reichstag kam es am Sonnabend infolge einer unglaublichen Provokation des Reichstags durch den konservativen Abgeordneten v. Oldenburg zu äußerst lärmischen Szenen. (S. Bericht v. Reichstagssitzung.)

* An der Debattekommission des Reichstages verlor Staatssekretär Oldenburg ein Telegramm des Gouverneurs Schiedemann, wonach dieser den Demonstrationsschlag der Überhaupter nicht angenommen habe. (S. Ber. über d. Debattekommission.)

* Bei der Reichstagssitzung am Sonnabend im Wahlkreis Eisenach-Dermbach hat sich wohl zwischen dem nationalliberalen und sozialdemokratischen Kandidaten statzusinden. (S. Bericht Dep.)

* Die Brüder Mannesmann erheben auf Grund einer autorisierten Erklärung des städtischen spanischen Ministerpräsidenten Moret sehr schwere Verdächtigungen gegen das Auswärtige Amt. (S. Bericht Dep.)

* Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich hat beim Reichstag der deutschen Vereine London eine Rede über die deutsche Flottenpolitik gehalten, die in England großes Aufsehen erregt. (S. Bericht M.)

* In Washington glaubt man, eine Grundlage zum Handelsvertrag mit Deutschland werde noch vor dem 7. Februar gefunden werden.

* Kaiser Franz Josef lehnte die Demission des Großen Ehren-Hofdienstes ab und erklärte sich mit der Auordnung von Neuwahlen zum ungarischen Abgeordnetenhaus einverstanden. (S. Aussch.)

* Die englischen Parlamentswahlen wurden am Sonnabend beendet. Die Resultat ist eine Mehrheit von etwa 120 Sitzen der Liberalen mit der Arbeiterpartei und den Unionisten über die Unionisten. (S. Aussch.)

* Das Hochwasser in Paris ist nun mehr im Sinken begriffen. Der Deutsche Kaiser hat dem Präsidenten der französischen Republik ein Beileidstelegramm gesandt. (S. d. bes. Art.)

* Das Leipziger Stadtbüro wird in diesem Jahre zum ersten Male große Opern-Maifestspiele veranstalten. (S. Aussch.)

Ein Leutnant und zehn Männer.

Der konservative Abgeordnete v. Oldenburg-Janischau hat sich manche Erwagungen geleistet und seine Ausehrliche kläuseln sich schon zuweilen so, daß ernsthafte Politiker sich gewungen fühlen, ihn nicht mehr ernst zu nehmen. Man erinnert sich vielleicht noch des Zwischenfalls zwischen dem früheren Staatssekretär des Innern und Kanzlervertreter Graf Posadowitz, der dem Abgeordneten v. Oldenburg seine Schlüsse mit den Worten aussprach: „Wenn ich nach Ihrer Methode die Geschäfte führen wollte, wäre ich in vier Wochen erledigt.“ Man erinnert sich aber auch der Manier, wie Herr v. Oldenburg die Novemberfeier zu dem Zwecke zu benutzen versucht, die Konservativen als die Triumvir Seiner Majestät zu empfehlen. Und man kann das Reichstagsbild bei solchen Vorgängen selbst gegeben haben, um über die prinzipielle Bedeutung dieser und ähnlicher Aussprüche ein Urteil zu haben. Der tobende Jubel der Rechten spricht Bände. Auf Grund dieser Erfahrungen wird man zu der Auffassung gelangen, daß in diesen scheinbaren Entgleisungen doch der Geist des preußisch-konservativen Innertums rein und unverfälscht offenbart. Herr v. Oldenburg spricht tatsächlich nur ans, was die Vorrichtungen, die Herren v. Heydebrand, v. Küster, denken. Erst von diesen Standpunkten aus kann man die Bedeutung der Sonnabendvorläufe im Deutschen Reichstag richtig sehen.

Herr v. Oldenburg sprach zum Militärateat, den er am liebsten der parlamentarischen Kritik ganz entrückt hätte, verteidigte die Institutionen des Militärbüros, die adlige Regimenter, die Duelle und überhaupt alles das, woran nicht nur der Liberalismus, sondern der gesamte sozialistische Geist Anstoß nehmen muß. Und nun leistete er sich den Satz: „Der König von Preußen muß jederzeit in der Lage sein, einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Männer und schließen Sie den Reichstag.“ Wenn diese Worte keinen Zweck zur Folge gehabt hätten, so hätte man an dem Parlament, dem diese Beleidigung von einem seiner Mitglieder ins Gesicht geschleudert wurde, verzweifeln müssen. Und nun gehabt das Unbegreifliche, daß der zur Wahlung des Parlaments Berufen, der Präsident, in diesem Falle der zweite Bürgermeister, Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, verfaßte und den Redner nicht zur Ordnung rief. Er beharrte sogar nach den tumultuarischen Szenen im Plenum, nach den Ausbrüchen der Empörung auf der ganzen Bühne bei seiner Aussage, derzufolge Herr v. Oldenburg nur den wünschenswertesten Graf der militärischen Disziplin habe erläutern wollen. Es lebe die Kunst der Interpretation! Wir können dem Abgeordneten v. Oldenburg nicht ins Herz schenken und er selbst hat diese bequeme Auffassung zu bestätigen sich beschäftigt. Aber auch bei dieser Interpretation bleibt die Form des gewöhnlichen Vergleichs eine unerhörte Beleidigung des Parlaments, eine noch höhere des Kaisers. Der Gedankengang der von Herrn v. Oldenburg geforderten Möglichkeiten schließt die ärgerliche Verlegung der vom Kaiser beschworenen Verfassung in sich. Artikel 24 der Verfassung des Deutschen Reiches definiert:

Die Legislaturperiode des Reichstags dauert fünf Jahre. Zur Aufführung des Reichstags während derselben ist ein Beschluß des Bundesrats unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.

Und nun halte man gegen die Bestimmungen der beschworenen Reichsverfassung die Worte des Abg. v. Oldenburg, und man wird die unglaubliche Absicht, um nicht zu sagen Verachtung, des preußischen Unterganges aller parlamentarische Weise daran beworfen können. Rund 400 Mitglieder zählt der deutsche Reichstag. Dieser Versammlung von Vertretern des deutschen Volkes will Herr v. Oldenburg von einem Leutnant und zehn Männern Gewalt antun lassen. Jedes Wort in diesem Ausdruck ist eine Emanation der preußisch-konservativen Staatsausstattung, die man unangemessene Vorwürfung, daß die 400 Männer dem Leutnant mit seinen zehn Gehilfen Order parieren, ist die gräßlichste Heimschauung, die man sich nur denken kann.

Und das ist nur von einem Volkvertreter selbst berührt, ist für den Stand des politischen Riecks im Deutschen Reich beschämend. Wie lange ein Wahlkreis mit Tausenden von Wählern einen solchen Mann in das Parlament schicken? Und es drängt sich die mindestens ebenso wichtige Frage auf: Wie kann der Präsident eines Parlaments einen solchen Ausspruch so verharmlosen suchen, so wenig Emphase für die Heiligkeit der Rechte des Volkes haben, daß er nicht zum mindesten gegen die Form dieses Vergleichs, selbst wenn er nur als theoretisches Spiel mit einem Verfassungsbruch aufzufassen wäre, einzuwirken? Hier zeigt sich an einem Falle der Praxis das Gefährliche des Gebrauchs, die Geschäftsführung einer Volksvertretung mit Vorliebe hohe Würdenträger zu berufen. Es ist sehr wohl denkbar, daß ein Prinz, der die Rechte eines deutschen Volksvertreters ausgestellt hat, in seiner Schwäche der parlamentarischen Möglichkeiten infolge seiner Stellung, vielleicht auch seiner persönlichen Beziehungen zum Oberhaupt der Nation, besiegt ist. Iedenfalls braucht man durchaus nicht Sozialdemokrat, durchaus nicht radikaler Sozialdemokrat verächtig zu sein, um gegen dieses Verhalten des Präsidenten auszuschreien. Es ist überaus erstaunlich, daß die Sozialdemokratie in diesem Falle sich nicht etwa als alleinständige Hüterin der Rechte und der Ehre des Parlaments gerieren kann. Wie rechnen es insbesondere dem Abgeordneten Baiermann hoch an, daß er nicht gejagt hat, sich dem Protest aller verfassungsmäßigen Politiker anzuschließen. Und es ist nicht zu entzulügen, aber zu bezwecken, wenn sich einzelne Heilsporten durch die Unfähigkeit des Präsidenten zu schämen ausdrücken gegen den Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg liefern. Die Peitsche, aus Provokation mit Beleidigungen zu antworten, ist nicht empfehlenswert, und formell hat sich natürlich auch der Abgeordnete Ledebour, dessen persönliche Normaltemperatur höchst am Siedegrad liegt, ins Unrecht gesetzt. Die Form muß man missbilligen, dem fachlichen Protest zu stimmen.

Am Dienstag soll dem Ordungsrat des Abgeordneten Ledebour, der die Entscheidung des Hauses appelliert hat, ein Nachspiel folgen. Es ist gut, daß man die Entscheidung der Erregung des Tages entricht hat. Aber wie zweitens keinen Augenblick, daß aus dieser Diskussion nicht nur die herbstliche Beurteilung des Abgeordneten Oldenburg sondern auch die Würdigung des unbegreiflich konzilianten Verhaltens des Präsidenten als jährliches Ergebnis in Tagen treten wird.

Es hätte für alle fundigen Thebaner dieses Zwischenfalls und des Jubels der Rechten nicht bedurft, um die Verfassungstreue des preußischen Ritter in ihrer ganzen Brüderlichkeit zu erkennen. Es ist aber weitestgehend, daß hier an einem seltsamen Beispiel allem Volle und allen Wählern vor Augen geführt werden, weshalb sie sich von einem jungerlichen Vertreter der Volksinteressen zu verabschieden haben. Die Offenherzigkeit des Abgeordneten v. Oldenburg wird seinen Freunden teurer zu stehen kommen.

*

Die Szene im Reichstag.

Über die erste Sonnabendssitzung des Reichstages geht uns von unserem Berliner Mitarbeiter folgendes Stimmungsbild zu:

J. Berlin, 29. Januar. (Ber. Tel.)

Wenn einer noch behaupten will, Preußen-Denkmal sei kein Militäraum, so hätte er in den Reichstag kommen und mit anhören sollen, wie man schon am dritten Tage über nichts weiter gesprochen wird, als über den Soldaten. Er wäre sicherlich eines Besseren belehrt worden. Die Absicht des freisinnigen Antrags am Montag in der letzten Sitzung wird heute offensichtlich. Abg. Müller-Weiningen (Freiburg) wollte sprechen und man wird es ihm nicht verzeihen können, wenn er seine Zuhörer lieber lebensfrisch und munter, als durch lange Debatten abgeküsst und interesslos sehen möchte. So kommt er dann heute als erster Redner zu Wort, und er kann nicht mehr sagen als die bisherigen Redner, denn die vorausgegangenen Debatten haben ihm einen ausreichenden Stoff in die Hand gegeben. Er will der Kritik, die diesem „Schöpfand des Deutschen Volkes und des Parlaments“, seine Liebe dadurch beweisen, daß er sich nicht wie die Konservativen gegen alle Rechte blind stellt, sondern indem er offen auf alle Lüden und Fehler hinweist. Und von diesen sieht er eine ganze Anzahl. Zunächst ist es das Militäraumrecht, das nicht so ist, wie es sein sollte, und damit verbunden die Soldatenmisshandlungen, die häufig mehr Überhandnahmen, auch in Bussen. Die Donnerrede des Herrn von Oettingen am Mittwoch hat also den freisinnigen Abgeordneten nicht so ohne weiteres eins anderes belehrt. Dann wird er sich sicherlich gegen konfessionelle Rücksichten bei der Auswahl der Referenten, gegen den Düsseldorfer und das Preußische in der Armee, für die Offiziere richten, will er ein größeres Streben nach Bildung, während er von den „Paradespielen“ recht wenig wissen will. Damit ist aber nicht gesagt, daß er kein Freund körperlicher Übungen sei, im Gegenteil, er fordert sogar in Anlehnung an eine Resolution, die die freisinnigen eingefordert haben, daß sich die Militärverwaltung und die turnerische Ausbildung der Jugend anstrengen lasse, damit die Armee als Garnison, eine vortrefflich organisierte Heerwehr, ein Wallerbauwerk mit großem Personal und dazu die vortreffliche Polizei; dies alles könnte nicht eine Sekunde die Katastrophen aufhalten, die über die Hauptstadt hereinbrechen würden. Die Konstitution, die Regelungen und Untergrundsätze, die prachtvolle moderne Büscherarbeit unter Hause, Straßen und Plätzen hat verlässlich ihre große Geschäftigkeit.

Schneesturm mit Blitzen und Donner, eine von allen Seiten vordringende Überbeschwerung — wir tanzen nicht mehr auf einem Bühnen, wohl aber in einem Höllenlauf, den Donner, Blitzen und Gewitter gelassen hatte. Boris hat schon oft ein unerträgliches Kopfschädel hervergeufen; jetzt erinnerte es die Welt mehr wie je. Es heißt eine ganze Armee als Garnison, eine vortrefflich organisierte Heerwehr, ein Wallerbauwerk mit großem Personal und dazu die vortreffliche Polizei; dies alles könnte nicht eine Sekunde die Katastrophen aufhalten, die über die Hauptstadt hereinbrechen würden. Die Konstitution, die Regelungen und Untergrundsätze, die prachtvolle moderne Büscherarbeit unter Hause, Straßen und Plätzen hat verlässlich ihre große Geschäftigkeit.

Seiner Pflicht gemäß sucht der bayrische Militärsenatornähmische von Gedächtnis die Simplifizierung des freiwilligen Abgeordneten auf bayrische Fußländer zurückzuweisen, um dann dem Sozialdemokraten Saché das Wort zu überlassen. Dieser bringt noch einmal nach sozialdemokratischer Tendenz die Ereignisse im Mandelbauer Streit zur Sprache, sonst nichts Neues. Was der Kriegsminister von Hertingen darauf erwidert, ist unerhörte auch nichts Unbekanntes mehr. Auch das über den Fall Beith hat man schon des öfteren vernommen. Und als die Quintessenz von alledem: Wenn eine Änderung hier und da eintreten sollte, dann nur höchst langsam, so schnell ziehen die Preußen nicht.

Die gute, alte Zeit! so jammert Herr von Oldenburg (Kons.). Da war es besser, da gab man noch etwas auf Traditionen! Freilich, tröstet sich der alte Militär, so schlimm wie es die Herren hingestellt haben, ist es ja gar nicht. Dauerung, Bewahrung des Adels — Unser! Und wenn schon, dann ist eben es heilige Tradition, an der nicht gerüttelt werden darf, auch vom Reichstage nicht. Reichstag! Was ist über überhaupt der Reichstag? — Unheilvolle Stille vor dem Sturm im Hause! — Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser müssen imstande sein, jedem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie 10 Männer und schließen Sie den Reichstag! — Und dann bricht's los, ein Sturm der Entrüstung, ein Vorräumen und Toben, daß man sich an die Donau vergleicht glauben könnte. Ledebour sprang die Stufen zum Rednerpult empor und ruht in dem Saal. Von konservativer Seite äußert man laut den Wunsch nach einem Todesstrafe, und so geht es eine ganze Weile fort, so daß der nationalliberale Redner Dr. Danner auf der Rednertribüne steht und spricht und spricht, ohne daß man in dem mächtigen Zuhörer etwas verstehen kann. Endlich legt sich die Erinnerung etwas, Dr. Danner macht es kurz und seine wenigen Worte hinterlassen einen beweisreichen Eindruck im Hause: Wir werden auf den Bahnen, die uns die Geschichte unserer Partei gezeigt hat, weitergehen, und vor werden in allen nationalen Fragen nach den alten Opfern; haben, solange die nationalliberale Partei besteht.

Abg. Schröder (Fr. Bgn.) ist der erste, der auf die Worte Oldenburgs über die Aufzehrung des Reichstags eingreift. Er bestreitet sie als eine Reaktionsschlag des Parlaments, und es sei ein klarer Stich des konservativen Abgeordneten, dem König, der doch der Verfassung des Freien Reichs geschworen habe, berichtigtes zu zumindest. Mit dieser Ansicht steht der frischumkehrte linkswohligen Sohn (Soz.) und Baiermann (Ratl.) vereinten die Anerkennung Oldenburgs ebenso stark. Ersterer schließt dann einen Appell an das Erbprinzen des Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg an, der sich jedoch nicht getroffen fühlt, da er die Worte des Konservativen ganz harmlos aufgefasst hat. Diese Harmlosigkeit wird ihm natürlich von dem ostelbischen Junger bestätigt, der sich gern aus der Schlinge gezogen hätte, aber es hilft ihm nichts. Auch Müller-Weiningen (Freib.) schließt sich dem Protest an. Daraufhin heisst der Sozialdemokrat Ledebour einen Ordnungsrat vom Präsidenten ein. So geht es im weiteren Durcheinander eine Zeitlang fort, bis erst der Abg. Vogt (Wirtl. Ber.) die Debatte wieder in etwas ruhigeren Bahnen zu leiten weiß. Er spricht über Handverstöße und Verstümmelungen, über Soldatenmisshandlungen und Militärzüge, worauf der Kriegsminister logisch entgegnet. Weiter geht jedoch das Geschäft zwischen Müller-Weiningen und dem bayrischen Militärsenatornähmigen in steigender Höhe und Gegenwart. Soz. Danner betritt Herr Zubel (Ratl.) die Rednertribüne, von lärmenden Unruhen empfangen. Das fört ihn jedoch weniger, denn er redet ja, wie er sagt, wenn es ihm passt. Der Kriegsminister, Rosalla von Bieberstein (Ratl.), Krebs (Kons.), Wommers (Freib.), sie alle sprechen, noch mehr oder weniger von der Erregung, die die unerhörte Provokation Oldenburgs hervorruft. Nach Schluss der Diskussion wird dann eine Resolution der Nationalen auf Reform des Militäraumrechtes angenommen. In der Spezialberatung sprechen nach Dr. Gödeke (Ratl.) und dem Direktor des Reichstagsamtos Herz. Darauf verzögert sich das Haus. Über den Ordnungsrat, der dem Abg. Ledebour zwei mal vorwurfsvoll gestellt wurde, wird nach einem Antrag Baiermann erst am Dienstag beschlossen werden. Unter dem Einruck der gewaltigen Erregung, die die Worte Oldenburgs hervorgerufen haben, verliegen die Abgeordneten den Saal.

*

Weitere Nachrichten zur Oldenburg-Szene.

O. Berlin, 29. Januar. (Privatelegramm unseres Berliner Vertreters.) In den Kreisen der Reichspartei ist man der Ansicht, daß an einem Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe vom Präsidium nicht zu denken sei, wie im Reichstage hier und da wohl erwartet wurde. Am Dienstag werden bei Beratung über den Appell mit einem Ordnungsrat bedachten Abgeordneten Ledebour an den Reichstag die rechtsstehenden Parteien darauf dringen, daß die Oldenburgische Rede nicht mit in die Debatte gezogen werde, daß also jedem Redner, der dies treiben würde, das Wort entzogen werde. Es handelt sich nun darum, ob der Ordnungsrat berechtigt war oder nicht. In reichsparteilichen Kreisen befähigt man die Frage der Berechtigung abzustimmen. (I.)

Pariser Überreichwehrungsbrief.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

* Pariser, 28. Januar.

Schneesturm mit Blitz und Donner, eine von allen Seiten vordringende Überbeschwerung — wir tanzen nicht mehr auf einem Bühnen, wohl aber in einem Höllenlauf, den Donner, Blitzen und Gewitter gelassen hatte. Boris hat schon oft ein unerträgliches Kopfschädel hervergeufen; jetzt erinnerte es die Welt mehr wie je. Es heißt eine ganze Armee als Garnison, eine vortrefflich organisierte Heerwehr, ein Wallerbauwerk mit großem Personal und dazu die vortreffliche Polizei; dies alles könnte nicht eine Sekunde die Katastrophen aufhalten, die über die Hauptstadt hereinbrechen würden. Die Konstitution, die Regelungen und Untergrundsätze, die prachtvolle moderne Büscherarbeit unter Hause, Straßen und Plätzen hat verlässlich ihre große Geschäftigkeit.